DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Wahlprogramm zur Hessischen Landtagswahl 2023

Heizung

Brot

Frieden

Frieden und Soziales gehören zusammen

Der Frieden braucht Verhandlungen statt Sanktionen und ein Ende der Waffenlieferungen Die Lebensmittelpreise sind rapide gestiegen, die Inflationsrate auf Rekordhoch und viele wissen nicht, wie sie die kommenden Stromrechnungen bezahlen sollen. Dagegen klingeln bei den großen Konzernen die Kassen und in Frankfurt feiert die Deutsche Börse ein neues Allzeithoch. Das sind die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges, den die Bundesregierung zusammen mit den NATO-Staaten gegen Russland führt.

Während die Menschen in diesem Land die Zeche für Krieg, Sanktionen und Krisen zahlen, feuert die Regierung durch Waffenlieferungen den Krieg an, statt Verhandlungen zu unterstützen, wie sie der chinesische 12-Punkte-Plan vorschlägt.

Statt Krankenhäuser, Schulen, Kitas und den Nahverkehr zu fördern, wurde mal eben mit über 100 Milliarden eine gigantische Hochrüstung beschlossen. Die Bundesregierung und die NATO wollen keine Verhandlungen. Ihr Ziel ist es den Konkurrenten Russland auszubluten. Militärisch auf dem Schlachtfeld in der Ukraine und wirtschaftlich durch die „Mutter aller Sanktionen“. Wirtschaftssanktionen sind staatliche Zwangsmittel, über welche die UNO und die WTO die vertragliche Hoheit haben. EU-Sanktionen ohne Beschlüsse wären nur bei unmittelbaren Sicherheitsinteressen eines EU-Staats zulässig. Beides ist aktuell nicht der Fall. Rheinmetall, deren größtes Werk in Kassel steht, hat innerhalb eines Jahres den Aktienkurs mehr als verdoppelt.

Die Rüstungskonzerne sind die Kriegsprofiteure, ebenso die Energiekonzerne, die sich durch die Sanktionspolitik eine goldene Nase verdienen, während in Hessen jedes vierte Kind (24,4%) von Armut betroffen ist.

In Wiesbaden befindet sich mit dem US-Armeestützpunkt eine Schaltzentrale und ein Ausbildungszentrum.

Dort befindet sich auch das NSA-Hauptquartier von Europa. Wahrscheinlich werden noch in diesem Jahr die atomaren „Dark Eagle“ - Hyperschallraketen in Europa stationiert – und vom extra reaktivierten 56. Artilleriekommando in Wiesbaden gesteuert. Von Hessen geht Krieg aus und solche Einrichtungen machen uns zur Zielscheibe. Wir setzen uns ein für den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und wir fordern sofortige Verhandlungen statt Sanktionen. Wir wehren uns gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die Bevölkerung. Die Reichen sollen zahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Betriebe der Öffentlichen Daseinsvorsorge, also u.a. Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser, Bildungseinrichtungen und Kitas, in die öffentliche Hand übertragen werden – unter demokratischer Kontrolle.

Wir fordern: HEIZUNG, BROT UND FRIEDEN

Axel Koppey ist Vorsitzender der DKP-Hessen und Spitzenkandidat der DKP zur Landtagswahl

Ein Hessen für alle statt für den Markt und die Reichen

In Hessen...

·… sind fast jede zweite Alleinerziehende und ihre Kinder armutsgefährdet, während allein im Taunus 590 Einkommensmillionäre wohnen. Wie viele Vermögensmillionäre es gibt, lässt sich seit Abschaffung der Vermögenssteuer nicht mehr feststellen.

·… ist ein Großteil der Wohnungen in der Hand von Immobilienhaien. Vor allem in den hessischen Ballungsräumen fehlt bezahlbarer Wohnraum. Beschäftigte (nicht nur im Niedriglohnsektor), Rentner, Auszubildende und Studierende können wählen, ob sie horrende Summen für Miete ausgeben, oder für Sprit, um zur Arbeitsstätte, zum Ausbildungsbetrieb, zur Hochschule oder auch zum Arzt zu pendeln.

·… steht in Wiesbaden das europäische Hauptquartier der US-Armee, das uns im Kriegsfall zum Angriffsziel macht.

In Kassel werden Panzer und anderes Kriegsgerät produziert – finanziert mit 100 Milliarden unserer Steuergelder. Die bräuchten wir dringend für soziale und ökologische Transformation, für Entlastungsmaßnahmen wegen der Energiepreise, für Rüstungskonversion und vieles mehr.

·… profitieren Rüstungskonzerne, wie Rheinmetall Honeywell in Maintal, Krauss-Maffei Wegmann in Kassel, sowie Hensoldt Optronics in Wetzlar von Krise und von jedem Krieg, in den aus Hessen Waffen geliefert werden.

·… entscheidet die Multi-Milliardärsfamilie Oetker über das Schicksal hunderter Familien der Arbeiter der Traditionsbrauerei Binding, die Luxuswohnungen weichen soll. Dabei würden neue Sozialwohnungen dringend gebraucht.

… sind die Frauenhäuser chronisch überlastet. Hessenweit gibt es nur 750 Plätze, um Frauen und ihren Kindern Schutz vor Gewalt zu bieten. Nötig wäre mindestens das Doppelte, schätzen Expertinnen. Die Folge: Viele Frauen werden abgewiesen.

·… baut man in Zeiten des Klimawandels eine Autobahn durch den Danneröder Forst. In dieser Region liegen wichtige Trinkwasserquellen, die große Teile des Rhein-Main-Gebiets bis nach Frankfurt versorgen. Die Autobahn nützt aber dem Schokoladenhersteller Ferrero in Mittelhessen, der die weltgrößte Süßigkeitenfabrik besitzt und von dort täglich bis zu 750 LKW durch die Region fahren lässt.

Die bürgerlichen Parteien im hessischen Landtag orientieren sich ausschließlich an den Interessen der Reichen. Für die großen Kapitalisten ist Hessen ein Eldorado mit der Aussicht auf enorme Profite.

Die DKP tritt zu den Landtagswahlen in Hessen an, um den arbeitenden Menschen, den Rentnern und Arbeitslosen und der lernenden und arbeitenden Jugend eine Stimme zu geben. Wir versprechen nicht, dass es reicht, sein Kreuzchen bei der DKP zu setzen. Aber es könnte der Anfang sein, gemeinsam aktiv zu werden für ein Hessen für alle und nicht nur für die Reichen. „Es scheint immer unmöglich“, sagte einst Nelson Mandela, „bis es realisiert ist.“ Frauenwahlrecht, bezahlter Urlaub, die Einführung der Schulpflicht, diese Errungenschaften waren für manche schwer vorstellbar – bis sie erkämpft wurden.

Martina Lennartz (57), Stadtverordnete der DKP im Gießener Stadtrat, aktiv in der Frauen- und Friedensbewegung

Mehr Reichtum mehr Armut

„Ich mache eine Ausbildung in der Metallindustrie. Viele meiner Kollegen und Kolleginnen sind krass betroffen von den Teuerungen. Ich selbst mache neben der Ausbildung noch einen Nebenjob, um mich über Wasser zu halten. Gleichzeitig gibt es in Hessen über 2000 Einkommensmillionäre mit zusammen über 5 Milliarden Euro Einkommen pro Jahr. Während die Armen ärmer werden, scheinen bei den Reichen die Kassen zu klingeln."

Melena, 21 aus Kassel

Durch Wirtschaftskrieg und Sanktionen steht vielen Kolleginnen und Kollegen das Wasser bis zum Hals. Wer die Hoffnung hatte, dass die Regierenden hier Abhilfe schaffen, ist nach einem Jahr Krisenpolitik, „Doppelwumms" und sogenannten Entlastungspaketen bitter enttäuscht. Die Inflation frisst weiter die Löhne auf. Die daraus resultierenden Wohlstandsverluste sind längst in den Facharbeitermilieus angekommen. Die Armut in Deutschland hat mit einer Quote von 16,9 Prozent einen neuen traurigen Höchststand erreicht. Dies entspricht 14,1 Millionen Menschen, wie aus dem aktuellen Armutsbericht 2022 des Paritätischen Gesamtverbandes hervorgeht. In Hessen ist die Armut binnen eines Jahres sogar von 17,4 auf 18,3 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Im Länder - Ranking rutschte Hessen von Platz 7 auf Platz 11 ab. Besonders betroffen: Frauen und junge Menschen. Frauen verdienen in Hessen 21% weniger als Männer, vor allem weil in den „Frauenberufen" strukturell schlechter bezahlt wird. Bei jungen Erwachsenen ist der Anteil prekärer Beschäftigung eben-

falls besonders hoch. Gleichzeitig konnten die hundert größten Unternehmen ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 30 Prozent und die Gewinne um 22 Prozent auf 145 Milliarden steigern. Hiervon profitieren vor allem die Aktionäre. Daimler-Benz schüttete 5,3 Milliarden Euro an Dividenden aus. Bei BMW waren es 4,4 Milliarden und beim Allianz Konzern ebenfalls über 4 Milliarden Euro.

Insgesamt stieg die Dividendenausschüttung der DAX-Konzerne im Krisenjahr auf das Rekordniveau von 55 Milliarden Euro. Trotzt solcher satten Gewinne haben Konzerne wie Merck, BASF oder Conti massiven Stellenabbau auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reichen machen Klassenkampf von oben und werden immer reicher. Es wird Zeit, das zu beenden.

Die DKP fordert:

Sofortiger Mietenstopp in Hessen.

Einführung einer Vermögenssteuer.

Einhalten des Vergabe- und Tariftreuegesetzes.

Rechtsanspruch auf Ausbildungsplatz und Übernahme.
Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Ulf Immelt

Wohnen ist ein Grundbedürfnis

„Eine alleinerziehende Mutter aus Kirchhain bewohnt mit ihrer behinderten Tochter eine Sozialwohnung. Nachts erdrücken sie die Sorgen, denn bereits letztes Jahr stieg die Miete um 15%. Jetzt soll die Miete wieder um 15% steigen. In Marburg suchte ein Student im Wald nach einem geeigneten Zeltplatz und schlief dort selbst bei eisigen Temperaturen, weil die Mieten so hoch sind."

Tanja Bauder, Stadtverordnete in Marburg

Ob Alleinerziehende, ob jung oder alt, ob in einer Wohngemeinschaft – die Angst vor dem Verlust der Wohnung eint viele Menschen in Hessen. Und selbst wer seine Wohnung noch zahlen kann, muss bei den explodierenden Mieten oft die Heizung runter drehen. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nimmt seit Jahren zu. Viele Menschen in Hessen müssen bereits mehr als 50% ihres Verdiensts für die Miete aufwenden. Bei der horrenden Inflationsrate kommen noch steigende Kosten für Energie und Lebensmittel hinzu. Hungern, frieren oder beides wird für immer mehr Menschen zur täglichen Realität.

Die Durchschnittskaltmiete in Hessen liegt bei 9€ pro Quadratmeter. Damit zählt Hessen zu den teuersten Regionen in der Bundesrepublik. Nicht nur Menschen, die prekär beschäftigt sind und Transferleistungen beziehen, kommen dadurch in enorme Bedrängnis, sondern immer öfter auch Vollzeitbeschäftigte. Die Zahl von Wohnungen, die keinen Preisbeschränkungen unterliegen, wird ständig größer. Wo Investoren und Banken die höchstmögliche Rendite suchen, müssen wir Mietverträge zu haarsträubenden Bedingungen akzeptieren. Bis 2040 fehlen in Hessen 367.000 Wohnungen. Hessen muss Bau-

förderungsprogramme auflegen, die gezielt bezahlbaren Wohnraum schaffen. Dabei müssen klimapolitische Herausforderungen berücksichtigt werden, die sicherstellen, dass die Nebenkosten überschaubar bleiben. Unabdingbar ist eine flächendeckende Förderung der hessischen Kommunen. Bei auslaufenden preisgebundenen Mietwohnungen sind die Belegungsrechte zu verlängern, um eine Erhöhung der Miete auszuschließen. Es muss sichergestellt werden, dass ehemals geförderte Wohnungen nicht auf den privaten Markt übergehen.

Die DKP fordert:

Das Land Hessen muss ein Programm für öffentlichen Wohnungsbau auflegen – bezahlbar für alle – Keine Profite beim Thema Wohnen!

Wir kämpfen für einen Energiepreisstopp, denn Energie muss bezahlbar sein. Dafür müssen RWE & CO enteignet werden. Gas- und Stromsperren müssen verboten werden.

Die Kosten der notwendigen baulichen Maßnahmen zum Schutz unseres Klimas dürfen nicht auf die Mieten umgelegt werden.

Der Verkauf öffentlichen Wohneigentums an gewinnorientierte Wohnbaugesellschaften ist zu verbieten.

Andrea Hornung,
Bundesvorsitzende
der Sozialistischen
Deutschen Arbeiterjugend
und Direktkandidatin der
DKP im Wahlkreis II in
Frankfurt am Main.

Gesundheit für die Menschen, nicht für den Profit

"Ich wollte gerne Pflegerin werden, aber schon in der Ausbildung habe ich gemerkt, dass ich nur am Rennen bin und weder den Patienten noch mir gerecht werden kann. Deswegen habe ich mich entschieden, den Beruf zu wechseln."

Aaliyah (21) aus Kassel

Gesundheit ist im Kapitalismus eine Ware. Unser Gesundheitssystem wurde über Jahre systematisch kaputtgespart. In den letzten 30 Jahren wurden ein Viertel der Kliniken in Deutschland geschlossen, nicht weil wir sie nicht mehr brauchen, sondern weil sie sich ökonomisch nicht mehr lohnen. Gerade auf dem Land wird die Versorgung immer schlechter. Dass die Gesundheit der Patient:innen durch den chronischen Personalmangel bereits heute in Gefahr ist, wird verschwiegen. Durch die zunehmende Privatisierung warten gesetzlich Versicherte oft Monate auf einen Facharzttermin. Die meisten Praxen haben einen Aufnahmestopp. Gesundheitsberufe haben oft unmenschliche Arbeitsbedingungen und keine ausreichende Bezahlung. Das trifft vor allem junge Frauen, sie sind die große Mehrheit der Beschäftigten. Doch kaum eine hält unter diesen Bedingungen bis zur Rente durch. Immer mehr Kolleginnen fliehen aus ihren Wunschberufen.

Auch die Behandlungsqualität hat unter den Profitinteressen der Klinikkonzerne zu leiden. Präventionsmaßnahmen sorgen für wenig Gewinn, werden selten beworben und noch seltener bezahlt. Durch Fallpauschalen (feste Bezahlung von Maßnahmen pro Patient:in) sind Operationen profitabler und werden deshalb kostengünstigen Vorsorgemaßnahmen vorgezogen. Die Folgen: Krankheiten werden oft zu spät erkannt, Fehlbehandlungen nehmen zu und es entstehen hohe Mehrkosten bei den Krankenkassen. Unsere Gesundheit ist ein Markt geworden, an dem einige Wenige

viel Geld verdienen. Besonders schlimm ist die Situation in Hessen: Die CDU Landesregierung unter Volker Bouffier privatisierte die Uniklinik Gießen/ Marburg (UKGM), die heute mitregierenden Grünen tragen es mit. Die Klinik gehört nun zu Asklepios, einem privaten Klinikkonzern, der insbesondere während der Coronakrise dadurch Schlagzeilen machte, dass er Hilfsgelder einstrich und gleichzeitig Personal entließ und ganze Kliniken schloss. Bernard gr. Broermann - Eigentümer von Asklepios - ist auf diesem Weg Milliardär geworden. Aber es regt sich Widerstand – vor allem von den Kolleginnen in den Krankenhäusern. Immer mehr Menschen wollen sich das alles nicht mehr gefallen lassen. Am Uniklinikum in Frankfurt haben die Beschäftigten gestreikt und das Land zwingen können, mehr Personal einzustellen. Am UKGM haben die Beschäftigten den Kampf nun ebenfalls aufgenommen.

Die DKP fordert:

Alle Gesundheitseinrichtungen müssen zurück in staatliche Hand.

Geld in das Gesundheitssystem statt in die Rüstung.

Es müssen mehr Ausbildungs- und Studienplätze für alle Gesundheitsberufe geschaffen werden.

Gesundheitsversorgung muss bedarfsorientiert stattfinden. Fallpauschalen abschaffen!

Weg mit dem zwei Klassensystem, eine Krankenkasse für alle!

Fiona Beyermann (27), Logopädin, Medizinstudentin, Stadtverordnete und Kandidatin der DKP zu den Landtagswahlen

Bildungsnotstand bleibt Regierung schläft

„Natürlich war Schule schon immer nicht perfekt, aber spätestens seit der Zeit mit online-schooling hat man als Schüler und Lehrer gemerkt, wie prekär die Situation wirklich ist. Ich erzähle nichts Neues, wenn ich sage, dass es danach, wie zuvor im realen Unterricht, nur mit stupidem Lernen für Klausuren weiterging. Anschließend hofft man dann auf eine gute Note, weil das Zeugnis am Ende des Jahres gut aussehen muss und vergisst den Stoff sofort wieder."

Daria, Schülerin in der 10. Klasse, aus Gießen

Das aktuelle Bildungssystem fördert keine Chancengleichheit, im Gegenteil: Unzählige Studien belegen, dass Kinder und Jugendliche aus ärmeren Haushalten, deren Eltern nicht studiert haben, massiv schlechtere Chancen haben, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen und zu studieren. Schon in der 4. Klasse sortiert man Kinder und bestimmt damit schon sehr früh die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dass ein Viertel aller Kinder nach der Grundschule kaum lesen und schreiben können ist ein Skandal! Statt allen SchülerInnen eine umfassende und gute Bildung zu ermöglichen, stehen Prüfungen und Noten im Mittelpunkt. Egal ob in Schule oder Uni: das führt zu enormem Leistungsdruck. Studierende und SchülerInnen lernen kaum noch für ihr Leben, aus Interesse oder gar aus Spaß. Die meisten haben Angst, später keinen guten Job zu bekommen, wenn sie die Schule oder Uni nicht packen. Immer mehr junge Leute werden psychisch krank. Weder die Landes- noch Bundesregierung stehen für eine gute und umfassende Bildung. Wir jungen Leute sitzen in kaputten Schulgebäuden, es gibt viel zu wenig ErzieherInnen und Lehrkräfte und die, die noch da sind, haben immer mehr Stress.

Diese Mängel sind kein Zufall. Das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen ist politisch gewollt unterfinanziert. Gleichzeitig werden über Nacht Milliarden für Großkonzerne und Rüstung locker gemacht. Die 100 Milliarden Euro Sonderschulden für Rüstung sind nur ein Beispiel.

In Reinheim bei Darmstadt hat die DKP gemeinsam mit anderen dafür gesorgt, dass die KiTa-Gebühren abgeschafft wurden. Das zeigt: Es geht – wenn wir gemeinsam Druck machen und es Kommunistinnen und Kommunisten in den Parlamenten gibt.

Die DKP fordert:

Gesamtschule als Regelschule für alle - soziale Selektion abschaffen!

Leistungsdruck reduzieren und Benotung abschaffen!

Bildung kostenlos machen: Lehrmittelfreiheit von der KiTa bis zur Uni. Mehr Geld in unsere Bildung statt in die Rüstung!

NCs abschaffen – Weg mit den Beschränkungen fürs Studium & BAFöG für alle Studierende ohne Rückzahlung!

Einstellen von ausreichend Lehrkräften! Alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen brauchen multiprofessionelle Teams (Erzieher, Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Psychologen)!

Marie-Luise Freudenberg (23), studiert Soziale Arbeit und ist Kandidatin der DKP aus Kassel zur Landtagswahl

Umweltschutz wäre möglich, nur nicht mit den Grünen

„Wenn ich eine alte Freundin in Spangenberg besuchen will, brauche ich mit dem Auto gut 30 Minuten. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln wären es über zweieinhalb Stunden und ich muss mehrfach umsteigen. Besonders in den Ferien sind die Verbindungen sehr schlecht."

Andreas Heine (68) aus Grebendorf

Mobilität verbindet uns. Der Weg zur Arbeit oder Schule, das Treffen mit Familie und Freunden oder auch Arztbesuche - die meisten Orte sind zu Fuß nicht zu erreichen. Mobilität ist ein Grundbedürfnis.

Der RMV ist der größte Verkehrsverbund in Hessen - und der viert teuerste in Deutschland. Natürlich gibt es mit dem 365€ Ticket für Schüler:innen und Senior:innen bzw. dem 49€-Ticket bereits einen Schritt in die richtige Richtung – für Menschen mit wenig Einkommen, also vor allem Frauen, Jugendliche und Alte, bleiben die Preise trotzdem oft zu hoch. Was die Menschen in Hessen brauchen, ist eigentlich nicht so schwer. Es bräuchte ein Landesticket für alle hier lebenden Menschen.

Das würde Mobilität garantieren – unabhängig vom Geldbeutel. Für die Landesbeschäftigten hat sich das schon bewährt.

Gerade auf dem Land ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) aber so schlecht ausgebaut, dass die Menschen ins Auto gezwungen werden. Statt der Autobahn durch den Danneröder Forst und dem A5-Ausbau auf bis zu zehn Spuren, brauchen wir einen umfangreichen Ausbau des ÖPNV in der Stadt und vor allem auf dem Land. Mehr Radwege und ein hessenweites Radwegenetz könnten dafür sorgen, dass sogar das übernächste Dorf und die nächste Stadt auch mit dem Rad noch gut erreichbar sind.

Die Landes- und die Bundesregierung sieht sich aber mehr den Profiten der Autoindustrie verpflichtet. Über 800km neuen Fernstraßen sind geplant. Über 70.000 Hessinnen und Hessen legten ein Verkehrswendegesetz vor. Aber statt es umzusetzen, erklärt die Landesregierung das Volksbegehren für verfassungswidrig und versucht es so auszubremsen.

Ähnlich agiert die schwarz-grüne Regierung bei den Treibhausgasen. Statt einer Senkung der Emissionen um minus 26 Prozent, wurden sie laut NABU Hessen real nur um 12 Prozent gesenkt. Die Zahlen wurden schöngerechnet.

Die Landesregierung behauptet, dass für alle diese wichtigen Maßnahmen kein Geld da wäre. Das ist ein Totschlagargument. Für Rüstungsprojekte und Bankenrettungen ist immer Geld da. Der Autobahnausbau verschlingt Milliarden, kaum jemand redet darüber. Es fehlt der politische Wille, auch bei den „Grünen". Ihr Name ist Etikettenschwindel, er steht längst nur noch für olivgrün.

Die DKP fordert:

Ausbau der Infrastruktur des ÖPNV.

Ein kostenfreies Landesticket für alle Menschen in Hessen.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien muss vorangetrieben werden.

Iris Schaffrina, arbeitet für den ÖPNV in Frankfurt und ist Direktkandidatin der DKP für den Hessischen Landtag im Wahlkreis V.

Schwarz-Grün ist schlecht für die Demo-kratie

"Das neue Versammlungsgesetz ist eine Kampfansage an die Versammlungsfreiheit! Es ist nun möglich Personen abzulehnen, die sich als Veranstaltungsleitung oder Ordner:innen melden. Außerdem kann schon aus dem subjektiven Empfinden der Polizei heraus mit dem Filmen einer Demonstration begonnen werden. Ein sog. Uniformierungsverbot gibt es jetzt ebenfalls. Dafür kann schon das gemeinsame Tragen eines T-Shirts mit Streikaufruf reichen."

Tim Beyermann, Stadtverordneter in Mörfelden-Walldorf und Kandidat der DKP zur Landtagswahl

Die Verquickung von Geheimdiensten und dem NSU ist mittlerweile gut dokumentiert. Aber besonders Hessen spielte beim Thema NSU eine zentrale Rolle. 2006 wurde Halit Yozgat in Kassel erschossen. Der damalige Verfassungsschützer Andreas Temme war am Tatort. 2007 stellte das Landesamt für Verfassungsschutz ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Der damalige hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) lehnte die Befragung von V-Leuten ab. Die schwarz-grüne Landesregierung verhinderte die Freigabe der Akten. Offensichtlich gibt es hier etwas zu verbergen. Bürgerliche Demokraten fordern jetzt eine Optimierung der Geheimdienste. Aber die Aktionen der Geheimdienste sind kein Versehen. Die Durchführung von Operationen, von denen die Regierung offiziell nichts weiß, ist eine ihrer Hauptaufgaben.

Demonstrationen können gefilmt und alle Teilnehmenden können identifiziert werden. Wenn Streikende Warnwesten tragen oder Berufsgruppen in ihrer Arbeitskleidung demonstrieren, kann das als Uniformierung ausgelegt werden. Damit lassen sich Demos verbieten und auflösen. Der Überwachungsstaat nach Orwell lässt grüßen.

Wir leben in einer Klassengesellschaft. Die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten hat die Hauptfunktion die Herrschaft der Reichen zu sichern – auf Kosten der demokratischen Rechte der Bevölkerung. Wir als DKP wollen Widerstand gegen die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie organisieren.

Die DKP fordert:

Die NSU-Akten der Geheimdienste müssen herausgegeben werden und durch ein unabhängiges Gremium - beispielsweise aus Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen - untersucht werden.

Die faschistischen Netzwerke in der hessischen Polizei müssen zerschlagen werden.

Das hessische „Versammlungsfreiheitsgesetz“ muss zurückgenommen werden.

Henning Mächerle (55), Fachinformatiker, Landtagswahlkandidat der DKP & Aktivist in der antifaschistischen und Friedensbewegung

DKP wählen,
das heißt:

Statt Stimme abgeben – Stimme kraftvoll erheben

Auch ein noch so gutes Wahlergebnis ist noch lange kein Garant für die Durchsetzung einer fortschrittlichen Politik. Auch vermeintlich linke Parteien haben nach der Wahl ihre Versprechen gebrochen. Die „Arbeiterpartei“ SPD beschloss mit den Grünen das größte Verarmungsprogramm der Nachkriegsgeschichte, die Agenda 2010. In Regierungen trägt leider auch Die LINKE Privatisierungen mit und stimmt im Bundestag Kriegseinsätzen der Bundeswehr zu. Als Kommunisten gehen wir davon aus, dass die arbeitende Bevölkerung selbst aktiv werden muss, um ihre Interessen durchzusetzen. Wo wir in Parlamenten vertreten sind, beziehen wir die Menschen in Auseinandersetzung um ihre Belange ein. Und wir machen öffentlich, wo die Interessen der arbeitenden Menschen von Entscheidungen der Parlamente betroffen sind. Das zeigt sich an Beispielen, in denen Kommunisten bei Kommunalwahlen Mandate errungen haben. In der südhessischen Gemeinde Reinheim im Kreis Darmstadt-Dieburg ist die DKP schon lange im Kommunalparlament. Ob es um die städtische Wasserversorgung, um Gebühren für Kindergärten oder um Straßenbeiträge geht, die DKP informiert die Menschen in Reinheim und bezieht sie in die Auseinandersetzungen ein. Und bei entsprechendem Druck von „außen“ gibt es auch gute Ergebnisse „innen“ – im Parlament. Wir haben keine Illusionen. Wir wissen, dass die Entscheidungen in diesem Land nicht im Parlament, sondern in den Konzernzentralen und bei den Banketten der Reichen getroffen werden.

Trotzdem, KommunistInnen im Parlament nützen den Menschen. Bei der Frage des Verkaufs der Wasserversorgung organisierte die DKP breiten Widerstand in der Bevölkerung. Junge Menschen verteilten auf Veranstaltungen und auf der Straße Fläschchen mit Wasser und der Aufschrift: „Das letzte Reinheimer Wasser“. Der Ortsbeirat von Ueberau, einem Ortsteil von Reinheim, lehnte den Verkauf ab.

Am Ende musste der Antrag auf Verkauf der Wasserversorgung zurückgezogen werden. Damit blieb die Wasserversorgung in städtischer Hand. Vor Jahrzehnten wurde die Entscheidung getroffen. Heute merken immer mehr Menschen, wie klug das war.

In Reinheim wurde erreicht, dass:

- **städtisches Bauland nach sozialen Kriterien vergeben wird**
- **die Gebühren für Kindergärten abgeschafft wurden**
- **die Wasserversorgung in kommunaler Hand bleibt**

Bernd Blümmel (59) ist gewerkschaftlicher Vertrauensmann bei der Telekom in Darmstadt und Kandidat der DKP für dir Landtagswahl 2023 in Hessen

Der Weg des Widerstands

DKP wählen ist gut, reicht aber nicht.

Cathrin Bodenröder, Gewerkschafterin und Jugend- und Auszubildenden- Vertreterin (JAV) bei der Deutschen Bahn und Kandidatin der DKP für die Landtagswahlen

"Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten". An der Richtigkeit dieses Zitats, das Kurt Tucholsky zugeordnet wird, hat sich wohl bis heute nichts geändert. Dass die Parteien im Wahlkampf sagen, was die Bevölkerung hören will, am Ende aber ganz andere Sachen durchsetzen, ist allen hinreichend bekannt. Wie es weitergeht, welche Entscheidungen für das ganze Land getroffen werden, darüber haben aktuell vor allem die großen Monopole die Kontrolle. Was die Interessen der Bevölkerung sind, das interessiert weder die Politiker noch die Konzerne. Gerade deswegen ist es umso wichtiger, dass wir vor allem auf unsere eigene Kraft bauen. Das bedeutet, gemeinsam und solidarisch für unsere Interessen auf die Straße zu gehen, gemeinsam unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, gemeinsam zu kämpfen. Zum einen für Reformen, damit unser Leben schon heute besser werden kann. Aber vor allem für eine andere Gesellschaft, die nicht an den Interessen des Marktes und des Kapitals ausgerichtet ist, sondern an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen. Wir kämpfen also auch für den Sozialismus, die Gesellschaft, in der die Menschen selbst darüber entscheiden, wie das Leben aussehen soll. Die DKP zu wählen ist ein bisschen wie eine Demo, nur eben in der Wahlkabine – gut, hilft aber allein noch nicht. Wirklich etwas verändern wird nur Druck von der Straße. Die Erfahrungen in den Kommunalparlamenten in Marburg, Gießen, Reinheim, Mörfelden-Walldorf und anderswo zeigen aber: Kommunistinnen und Kommunisten in den Parlamenten helfen, diesen Druck zu erzeugen und ihn dann in die Parlamente zu tragen.